

**Angelos Giannakopoulos**

## **Klientelismus und Korruption in Griechenland**

### **Abstract**

Die Finanzkrise in Griechenland hat fundamentale Mängel im politischen System des Landes offenbart. Hinter modernen rechtsstaatlichen Institutionen verbirgt sich ein bürokratisches und Korruption förderndes Klientelsystem, das seine Macht auf die Verteilung von nicht selbst erwirtschafteten Ressourcen stützte. Der Autor plädiert daher für eine grundlegende Kurskorrektur im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. – R. Z.

Inmitten der Finanzkrise, die Griechenland unmittelbar nach der Parlamentswahl im Oktober 2009 mit aller Heftigkeit erfasste, hat sich der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou an einer Veranstaltung in Athen Mitte Dezember an die griechische Öffentlichkeit gewandt und angesichts der dringenden Finanzprobleme, die auf Korruption, Vetternwirtschaft und Intransparenz zurückzuführen sind, appelliert: „Was in der nächsten Zeit geschieht, hat mit der Verteidigung der Souveränität des Landes zu tun, [...] entweder ändern wir uns, oder wir gehen gemeinsam unter“.<sup>[1]</sup>

Hinsichtlich der Finanzkrise, die sich ab Januar 2010 immer bemerkbarer und das Land innerhalb kürzester Zeit praktisch in die Zahlungsunfähigkeit führte, muss man zunächst einmal feststellen, dass die Zuspitzung der Krise und die hohen Wellen, die sie international geschlagen hat, im Wesentlichen auf die zögernde Politik der deutschen Regierung bzw. auf das Nichtvorhandensein von zwingend wirkenden gesamteuropäischen Finanzkrisenstrukturen zurückzuführen sind. Die tiefer liegenden Gründe der Krise sind allerdings in Griechenland selbst zu suchen. Die Finanzkrise des Landes kann kaum als ein temporärer „Betriebsunfall“ verstanden werden. Sie hat einerseits mit der grundsätzlichen Konstitution des griechischen Staates, insbesondere des griechischen politischen Systems zu tun, und andererseits mit der Qualität der Beziehung zwischen Staat und Bürgern, die nach westlichen Modernitätskriterien und zivilgesellschaftlichen Prinzipien äußerst defizitär ist.

### **Rückblick auf die Anfänge des politischen Systems**

Rückblickend lässt sich zunächst einmal feststellen, dass die erste Verfassung von 1844 und insbesondere diejenige von 1864, die nach der Entthronung der bayerischen Monarchie verabschiedet wurde, als bedeutende Errungenschaften des griechischen politischen Systems

deklariert wurden. Die Verfassung von 1844 führte zu einem relativ frühen Zeitpunkt innerhalb der europäischen Politikgeschichte die direkte Wahl des Parlaments durch das Volk ein. Die Verfassung von 1864 wurde als die „demokratischste“ ihrer Zeit proklamiert und garantierte tatsächlich bedeutende bürgerliche Rechte und Freiheiten (Meinungsfreiheit, uneingeschränktes Wahlrecht usw.). Die spätere Einführung des sog. „Grundsatzes des ausdrücklichen Vertrauens“ (ἄμεση δέσμευση) unter der Regierung Trikoupis im Jahr 1875, die für stabilere parlamentarische Verhältnisse sorgte, wurde sogar mit einem deutlichen Vorsprung gegenüber anderen europäischen parlamentarischen Systemen institutionalisiert. Zu bedenken gilt allerdings, dass die Einführung des parlamentarischen Systems in Griechenland ab dem Jahre 1844 keineswegs das Produkt einer inneren Dynamik, sondern vielmehr ein politisches „Importprodukt“ gewesen ist. Dieser Sachverhalt führte erwartungsgemäß zu Anomalien und entlarvte umso stärker die Antinomien des griechischen politischen Systems.<sup>[2]</sup>

Um die Eigenarten der politischen Strukturen und Praxis in Griechenland besser zu verstehen, muss man die politische Funktion der öffentlichen Verwaltung und des Staatsapparates näher in den Blick nehmen – und dabei vor allem das Phänomen des Klientelismus. Unter Klientelismus wird die Monopolisierung des Staates durch politische und ökonomische Eliten verstanden, die ihre Machtposition dadurch sichern, indem sie ihrer Wählerschaft bzw. Klientel einen Platz in der öffentlichen Verwaltung und im Staatsapparat in Aussicht stellen. Hinsichtlich Griechenlands lässt sich feststellen, dass „in der prokapitalistischen griechischen Gesellschaft die Verbindung des Staates zu der ‚Gemeinschaft der Bürger‘ nicht auf der Grundlage von Klassen oder Interessenverbänden aufgebaut, sondern auf der Basis persönlicher Netze politischer Kundschaft wurde [...]. Eine ‚vertikale‘ Form politischer Organisation“.<sup>[3]</sup>

Nach der Gründung des unabhängigen griechischen Königreichs (1832) wurde die Verwaltungsstruktur, die sich während der osmanischen Zeit etablieren konnte, abgeschafft (autonome Verwaltungseinheiten unter der Führung lokaler oder religiöser Eliten). Während der osmanischen Periode und des Unabhängigkeitskampfes (1821–1829) war die griechische Bevölkerung des Osmanischen Reichs in eine festgefügte Hierarchie eingebettet und hatte in den Notabeln und Primaten, die für lokale Selbstverwaltung zuständig waren, ihre Führungsschicht: „Sie vereinigten in ihren Händen die legislative, judikative und exekutive Gewalt. Darüber hinaus vertraten sie die Gemeinde den türkischen Behörden gegenüber und waren für die innere Ordnung verantwortlich.“<sup>[4]</sup> Die Organisationsformen waren von Ort zu Ort unterschiedlich. Militärisch und autoritär, wie in Mani oder in Souli, oder demokratisch,

wie auf der Insel Psara. Diese Schichten bildeten also bereits vor dem nationalen Unabhängigkeitskampf 1821 eine Verwaltungsaristokratie. Zu dieser Schicht kamen nach der Nationalstaatsgründung die militärischen Führer, die sich während des Unabhängigkeitskampfes besonders hervorgetan hatten, sowie einige Auslandsgriechen hinzu. Während des Unabhängigkeitskampfes und vor allem danach brach ein erbarmungsloser interner Kampf aus, der auf die Stärkung der jeweiligen verwaltungspolitischen oder militärischen Elite im unabhängigen Staat abzielte. Dieser Kampf konzentrierte sich aus der Sicht der früheren Notabeln und Primaten auf den Versuch, sich große landwirtschaftliche Flächen anzueignen (die übrigens das einzig vorhandene Produktionsmittel jener Periode darstellten), die nach der Unabhängigkeit in den Besitz des griechischen Staates übergingen und die sog. „nationalen Liegenschaften“ bildeten. Das Verbot des Verkaufs dieser Flächen, das gesetzlich verankert wurde, war eine politische Niederlage für die Notabeln und Primaten, die sich zur Sicherung ihrer politischen Vorteile der Kontrolle des Staatsmechanismus zuwandten, wobei sie aus dessen Monopolisierung politische und ökonomische Gewinne erhofften. |§5|

Im Gegensatz zur dezentralisierten Funktion der autonomen Verwaltungseinheiten der vorrevolutionären Periode ist somit nach der Revolution eine Konzentration aller Verwaltungs-, aber auch ökonomischen Funktionen in der Hauptstadt des neuen unabhängigen Königreichs zu beobachten. Der Staatsapparat wurde zunächst um den königlichen Hof aufgebaut. Dies führte dazu, dass die reichen Landbesitzer, Händler und die gebildeten Eliten die Provinzstädte und die Inseln verließen, um sich in der griechischen Hauptstadt niederzulassen, weil sie nur so Zutritt zu den Verwaltungs- und Wirtschaftsinstitutionen (Regierung, Hof, Universität, Banken usw.) erhalten konnten. Nach 1830 waren es hauptsächlich zwei bis drei Städte, in denen das verfügbare Kapital im damaligen Staat investiert wurde: „Diese Neuverteilung erzeugte eine Binnenwanderung von den Dörfern in die Metropolen, die die Peripherie beraubte und verarmte, den Verfall aller Gemeinden begründete, die kulturelle und historische Bedeutung hatten und einen riesigen Wachstums-Pol im attischen Landbecken schuf“. |§6|

Die Idiosynkrasien der griechischen Verwaltung und des Staatsapparates können demnach folgendermaßen zusammengefasst werden: „Es bestand ein hoch zentralisierter Typ regionaler Administration, in dem die verschiedenen Regionen und Präfekturen keinerlei Handlungsbefugnis hatten, sondern in dem im zentralen Innenministerium in Athen alle Instruktionen erteilt und Beschlüsse gefasst wurden, während gleichzeitig eine ausgeprägte Diffusion von Funktionen und Verantwortlichkeiten zwischen den einzelnen Ministerien auf

allen Ebenen eine Situation erzeugte, die einen bürokratischen Staat hervorbrachte mit Frustration, Ineffektivität, Unverantwortlichkeit und Verzögerung in der Erledigung von Angelegenheiten“.<sup>[7]</sup>

### **Herausbildung eines Klientelsystems**

Hinzu kommt ein weiteres für Griechenland typisches Phänomen: die Erlangung der staatlichen Freiheit und Unabhängigkeit ohne vorangehende bürgerliche Unterschichtung. Ergebnis dieser Entwicklung war die Formierung einer „staatlichen“ bürgerlichen Klasse. Über die Macht im Staat verfügte eine politische Oligarchie, die ihre politische Vorherrschaft auf ein kompliziertes und weit vernetztes System politischer Patronage und politischen Klientelismus aufbaute. Die Parteien, die später entstanden, waren unter diesen Umständen nicht etwa das Ergebnis organisierter Interessen oder gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, sondern einfach ein Zusammenschluss unterschiedlicher, zersplitterter Gruppierungen oder gelegentlicher, personengeprägter Wahlallianzen bzw. „Prominentenkreise“, ein Phänomen übrigens, das teilweise bis heute beobachtet werden kann.<sup>[8]</sup>

Auf der anderen Seite muss die Urbanisierung des griechischen Raums mit der Anziehungskraft in Verbindung gebracht werden, die der Staatsapparat (d. h. die öffentliche Verwaltung) auf die ländlichen Schichten ausübte. Die Bevölkerung ländlichen Ursprungs, die in die Städte – hauptsächlich in die Hauptstadt – kam, um Arbeit zu suchen und sich schließlich der städtischen kleinbürgerlichen Schicht anzuschließen, hatte dabei in erster Linie den größten Arbeitgeber des Landes, nämlich den Staatsapparat im Auge. Die Masse der Kandidaten für die staatlichen Verwaltungsorgane bildete auf diese Weise die Hauptstütze des politischen Klientelsystems, welches als vertikales politisches System bezeichnet werden kann, das in gewisser Hinsicht die bereits vorhandene patriarchalische Sozialordnung in die Politik überführte.<sup>[9]</sup> Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Etablierung einer verstärkten Geldwirtschaft in Griechenland, die hauptsächlich durch das eingeführte Kapital von finanzkräftigen Auslandsgriechen angekurbelt wurde, konnten sich die kleinbürgerlichen Schichten, vor allem in der Hauptstadt, durch die Schaffung eines relativ breiten freien Arbeitsmarktes und der Ausbreitung des tertiären Wirtschaftsektors von ihrer Abhängigkeit vom Staatsapparat befreien und erstmals ein eigenes politisches Wort artikulieren.

Das System der politischen Patronage muss außerdem als direktes Ergebnis der Abwesenheit einer Kapitalakkumulation und Industrialisierung in Griechenland angesehen werden, d. h. als eine teils immanente Dimension einer vorkapitalistischen Produktions- und

Gesellschaftsorganisation. Obwohl die politischen Partieliten, die jeweils den Staat monopolisierten, im Wesentlichen wenig zum Aufbau der griechischen Wirtschaft unternahmen, waren sie gezwungen, die Bevölkerung ländlichen Ursprungs, die in die Städte kam, zu absorbieren. Hierzu stellten sie ihr aufgrund des Nichtvorhandenseins eines gut funktionierenden freien Arbeitsmarktes und einer industriellen Infrastruktur Arbeitsplätze in der staatlichen Verwaltung in Aussicht. Daraus resultierte eine immense Steigerung der Anzahl der Angehörigen der sog. nichtproduktiven Schichten der Bevölkerung. Die Beziehung des Staates zur „Gemeinschaft der Bürger“ gründete sich demnach nicht auf der Wechselwirkung mit Organisationen, die gesellschaftliche Interessen vertraten, sondern auf der Basis der politischen Klientelvernetzung. Im Gegensatz zur Entwicklung im Westen (wo bekanntlich der politisch-institutionelle Rahmen gerade durch die Entwicklung des kapitalistischen Produktionssystems definiert wurde und sich nur dadurch formieren konnte) etablierte sich das parlamentarische System in Griechenland, ohne die dafür notwendige Reife durch die Auseinandersetzungen lokaler, antagonistischer gesellschaftlicher Kräfte erlangt zu haben.

Im Hinblick auf das bereits existierende Klientel-System in Griechenland wirkte sich die Einführung des parlamentarischen Systems auf die gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklung eher negativ und hemmend aus. Dies nicht zuletzt deswegen, weil der Parlamentarismus als eine Gelegenheit zur weiteren Ausbreitung und Vernetzung des Klientelsystems angesehen wurde. Zusammengefasst lässt sich somit für das griechische politische System des 19. und eines großen Teils des 20. Jahrhunderts konstatieren: Eine traditionelle politische Oligarchie verwaltete, indem sie sich durch das vertikale politische Klientelsystem ihre Reproduktion sicherte, innerhalb eines modernen bürgerlichen institutionellen Rahmens (Parlamentarismus, Gleichberechtigung usw.) eine in ihren sozioökonomischen Hauptzügen pro-kapitalistische Gesellschaft.

Charakteristisch für das Klientelsystem nach dem politischen Wechsel Mitte der 1970er Jahre, aber vor allem während der 1980er und 90er Jahre ist dagegen eine Umkehrung der Bedingungen des politischen Verhältnisses zwischen Parteien und Wählerschaft: Insbesondere nach dem Eintritt Griechenlands in die damalige Europäische Gemeinschaft bestand die politische Klientel-Beziehung aufgrund veränderter gesellschaftlicher Mobilität nicht mehr ausschließlich in der Zusicherung hoch begehrter staatlicher Arbeitsplätze, sondern in der Erhaltung bzw. Erhöhung des Konsumniveaus und zwar mit allen zur Verfügung stehenden ökonomischen Mitteln. Indem also die Parteien die politische, soziale und ökonomische Zukunft des Landes verspielten, sicherten sie ihrer Wählerschaft das

Konsumniveau, das diese verlangte. Als Gefangene ihrer Wählerschaft waren die politischen Parteien somit gezwungen, um die Zustimmung der Bevölkerung für ihre populistischen Programme zu wetteifern. Das Verhängnisvolle dieser Politik wird nicht zuletzt darin deutlich, dass die populistischen Versprechen, die in aller Regel die endlose Steigerung konsumartiger „Errungenschaften“ verhiessen, geradezu diametral den realen Möglichkeiten der griechischen Wirtschaft entgegenstanden. Was sich hier beobachten lässt, ist der Übergang vom klassischen Klientensystem zum Populismus. Es sind hauptsächlich die verhängnisvollen Folgen dieser Politik, die sich seit Ende letzten Jahres in der griechischen Finanzkrise bemerkbar machen.<sup>[10]</sup> Wenturis bringt es letztendlich auf den Punkt, indem er feststellt: „Das parlamentarische Leben und die Regierung dienten als Fassade, um die Interessen der regierenden Elite zu unterstützen und zu fördern“.<sup>[11]</sup>

### **Grundannahmen zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Korruption**

Der erfolgte Rückblick auf das Klientensystem in Griechenland umschreibt im Wesentlichen nichts anderes, als die in der Soziologie bekannte Annahme, dass Institutionen nur den objektiven Rahmen für Handlungen darstellen, deren subjektive Motive Teil einer gewachsenen Kultur sind. Die Transformation einer Gesellschaft im Sinne eines Institutionentransfers lässt sich technisch im „top-down“-Verfahren gestalten, die Modernisierung aber nicht. Modernisierung vollzieht sich als autonomer Lernprozess. Der Transformation einer Gesellschaft durch einen Institutionentransfer folgt ein langfristiger und risikoreicher Prozess der Modernisierung, indem nachträglich die kulturelle Formation der Akteure zu Mitgliedern einer Zivilgesellschaft erfolgt. In diesem zweiten Teilprozess, dem der Modernisierung, vollzieht sich die Verinnerlichung (Internalisierung) universeller materialer Rechtsideen (Gerechtigkeit, Gleichheit, soziale Verantwortung, Solidarität), die das Funktionieren moderner Gesellschaften garantieren. Mit dem mündigen Bürger entsteht zugleich eine Sphäre politischer Öffentlichkeit, welche die partialen sozialen Beziehungsnetzwerke transzendiert und sie politischer Kontrolle, d.h. dem allgemeinen Willen, unterwirft. Erst das Gelingen dieser nachträglichen Modernisierung entscheidet über die Dauerhaftigkeit und die Richtung des sozialen Wandels. Zu betonen ist des Weiteren, dass ein zentrales Rationalitätskriterium moderner Gesellschaften das Prinzip der Öffentlichkeit und Sichtbarkeit der politischen Entscheidungsprozesse auf der Grundlage formeller Institutionen ist. Korruption ist in dieser Hinsicht deswegen problematisch, weil sie der Öffentlichkeit als Grundprinzip moderner Zivilgesellschaften diametral entgegensteht.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass – was das Verhältnis zwischen institutionalisierter Antikorruption und Korruptionswahrnehmungen angeht – rechtliche, administrative und polizeiliche Maßnahmen nur einen bedingten Einfluss auf das Alltagsbewusstsein der Menschen haben können. Im Alltag der Menschen kann Korruption Teil der Existenz sichernden Ordnung sein und als faktische „Normalität“/ erscheinen. Korruption wird dann möglicherweise gar nicht als kriminell angesehen. Oder Korruption gilt als weit verbreiteter und sozial geduldeter „Kavaliersdelikt“. Im Alltag ist Korruption mit existentiellen Interessen legiert, so dass das Bewusstsein der Täter Resistenz gegen Aufklärungs- und Zwangsmaßnahmen seitens der Institutionen zeigen kann. Ein illegales Anreizsystem wird nur dann zugunsten eines legalen Anreizsystems aufgegeben, wenn letzteres größere Vorteile und vor allem Sicherheit garantiert.

### **Die Bedeutung von Korruptionswahrnehmungen in Griechenland|§12|**

Geht es um die Natur und Funktion von Korruption in Griechenland, wäre es nicht verfehlt zu behaupten, dass Korruption den Vergrößerungsspiegel einer schwachen Bürgerschaft darstellt. Korruption ist nicht eine Fehlentwicklung zwischen vielen, sondern vielmehr das strukturelle Symptom einer inkonsequenten und partiellen Modernisierung von Staat und Gesellschaft, das gepaart mit bestimmten Wahrnehmungsmustern und Handlungstypen bedeutende strukturelle Defizite von Staat und Gesellschaft offen legt.

Bezeichnend ist zunächst einmal der Fakt, dass für die endemische Korruption der Kollaps traditioneller Werte beklagt und schuldig gemacht wird. Diese Art der Argumentation offenbart jedoch eine Doppelmoral, wenn es um die Evaluation korrupten Verhaltens durch die Akteure geht. Traditionelle Werte besitzen nämlich *per se*/ keinen alldefinierenden Wert. Sie müssen eher als ein Instrument betrachtet werden, das den Individuen bei dessen Implementierung die personelle Integrität innerhalb der eigenen Familie, dem eigenen Clan oder Netzwerk garantiert und stellen keineswegs universalgültige Verhaltensregeln dar, die alle Interaktionsarten des Individuums mit seinem sozialen Umfeld bestimmen. Beweis dafür ist der Fakt, dass die Regeln, die das Verhalten des Individuums seinen Familien-, Clan- oder Netzwerkmitgliedern gegenüber bestimmen, viel unterschiedlicher ausfallen können, verglichen zu denen, die seinem Verhalten im Umgang mit Staatsinstanzen aller Art zugrunde liegen. Was im ersteren Fall verwerflich wäre, ist im letzteren durchaus legitimiert. Diese Loyalitätsschizophrenie bleibt in Griechenland nicht ohne Folgen, was die Qualität der Bürgerseins betrifft. Sie trifft ins Herz der Konstitution der Gesellschaft im Sinne des Hobbesschen Sozialvertrags, indem sie das aus den Angeln hebt, was eine Gemeinschaft von

Bürgern im Grunde ausmacht: die Akzeptanz derselben Spielregeln bei allen im Hinblick auf das Gemeinwohl.

Eng damit verbunden ist die weit verbreitete Wahrnehmung in der Bevölkerung, dass Korruption eigentlich nichts anderes darstellt, als eine Kompensation sozialer Gerechtigkeit im Sinne einer Umverteilung von Ressourcen, die den Bürgern durch den Staat vorbehalten bleibt. Eine praktische Konsequenz dieser Einstellung ist die breit praktizierte Steuerhinterziehung. Soll eine Art gemeinsamer Spielregeln existieren, dann nur in dem Sinne, dass diese geglaubte Ungerechtigkeit durch ein Regel und Gesetz brechendes Verhalten ausbalanciert werden kann.

Zu diesem Verhalten gibt es allerdings ein weiteres Legitimationsargument: die Ineffizienz staatlicher Institutionen, die tatsächlich eine Bürde für jeden Bürger darstellt. Dies hat unweigerlich mit der Überdimensionierung der öffentlichen Verwaltung zu tun, die eine Unzahl bürokratischer Hürden produziert. Die These über das Vorhandensein einer Doppelmoral gilt allerdings auch hier: Wie im ersten Teil dieses Beitrags gezeigt, betrachten die politischen Parteien in Griechenland den Staatsapparat als eine Art Pacht, den sie ausnutzen, entweder um an die Macht zu kommen oder politische Macht zu erhalten. Sie tun dies hauptsächlich dadurch, indem sie ihre politische Klientel mit Positionen in der öffentlichen Verwaltung versorgen. Dies motiviert einen Teil der Wähler eine bestimmte Partei zu wählen, was nach jeder Wahl regelmäßig zu einem weiteren Aufblähen der öffentlichen Verwaltung führt. Über deren Ineffizienz beschwerten sich dann die Bürger und sehen sich gezwungen, Bestechungsgelder zu zahlen, um schließlich die Misere dem Kollaps traditioneller Werte anzulasten. Zudem stellt Korruption vertikal gesehen, d.h. als Form der Partizipation im System der Machtnetzwerke oder als Mittel zur Sicherung des eigenen Wohls, eine eigenartige Konstruktion von Sozialsolidarität dar, die durch eine Vielzahl von Reziprozitäten und beidseitigen Gefallen sowohl unter Bürgern als auch zwischen Bürgern und Staat zum Ausdruck kommt, deren Bekämpfung einer sozialen Revolution gleich käme.

Seit Mitte der 1970er Jahre lässt sich beobachten, dass der Staat immer stärker als Hauptakteur in der Verteilung von öffentlichen Gütern angesehen wurde. Infolgedessen muss das Element, das korruptes Verhalten besonders fördert, in der politischen Sphäre lokalisiert werden. Es gibt bestimmte Beziehungsmuster, die das Fundament zu korrupter Administration und Begünstigung legen. Dazu gehört zunächst einmal der Fakt, dass sich die Struktur politischer Parteien in Griechenland häufig in der Form einer Kommandokette darstellt. In einer solchen Parteienstruktur sehen politische Führer über illegales Verhalten eigener Parteienmitglieder hinweg. Abgesehen vom Problem der Parteienfinanzierung wird



die politische Patronage und ihre negativen Begleiterscheinungen durch die Tatsache verstärkt, dass die Mitglieder der jeweiligen parlamentarischen Fraktion vom Parteiführer und seiner engeren Gefolgschaft designiert werden, und dass letztendlich mit Recht behauptet werden kann, dass sie eher „eingestellt“ als gewählt worden sind. Ferner wird Korruption als Instrument im Parteienmachtkampf benutzt, vor allem um politische Gegner vor Parlamentswahlen an den Pranger zu stellen.

Vor diesem Hintergrund wurde Wirtschaftspolitik von den Politikern vor allem als Verteilung von Ressourcen und der Staatswohlfahrt begriffen – als Instrumente, entweder an die Macht zu kommen oder ihre Macht aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck wurde korruptes Verhalten oder Verhalten in der „grauen Zone“ der politischen Korruption immer in Kauf genommen. Politische Parteien haben in Griechenland die Erhaltung ihrer politischen Macht auf die Verteilung von Ressourcen gestützt, die größtenteils aus EU-Mitteln geschöpft wurden. Diese Praxis produzierte all die negativen Entwicklungen, die ihren Ausdruck im exzessiven Konsum und in einem hedonistischen Individualismus fanden. Obwohl der Kampf um Machtgewinn und Machterhaltung kein griechisches Phänomen, sondern ein universelles Prinzip politischen Handelns darstellt, zeitigte das Prinzip in Griechenland dramatische Folgen: Aufgrund des unterentwickelten Systems der „check and balances“, zu dem sowohl die Medien als auch die Zivilgesellschaft gezählt werden müssten, hat sich die Politik korrupter Praktiken nicht nur bedient; vielmehr hat sie korruptes Verhalten und illegale Begünstigung zu wichtigen Instrumenten politischen Handelns gemacht. Politisches Handeln bedeutet hier vor allem Machterhaltung, und Korruption in all ihren Formen ist eines der wichtigsten Mittel um dies zu erreichen.

\*

Wagt man vor dem Hintergrund der derzeitigen desolaten finanziellen Lage des Landes eine Prognose, kann man mit einer gewissen Vorsicht davon ausgehen, dass die Krise auch positive Entwicklungen zeitigen wird. Beschränkt man sich dabei auf die Errichtung eines funktionierenden Steuersystems, kann dies das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern (und umgekehrt) durchaus revolutionieren. „Taxation“ hat nämlich weiter führende Folgen, als dass nur Finanzmittel an den Staat abgeführt werden (müssen). Das Verhältnis des Bürgers zu den staatlichen Institutionen und zu seinem sozialen Umfeld überhaupt ist ein anderes, wenn ein (bescheidener oder wesentlicher) Beitrag zum Allgemeinwohl geleistet wird – im Gegensatz zu einem System, in dem mit allen erdenklichen Mitteln versucht wird, dieser „Bürgerpflicht“ zu entgehen.

## **Anmerkungen:**

1) I Kathimerini, 14.12.2009.

2) Vgl. Κονδύλης, Παναγιώτης: Η παρακμή του αστικού πολιτισμού. Από τη μοντέρνα στη μεταμοντέρνα εποχή και από το φιλελευθερισμό στη μαζική δημοκρατία (Der Niedergang der bürgerlichen Kultur. Von der Moderne zur Postmoderne und vom Liberalismus zur Massendemokratie). Athen 1991, S. 20. Was die Querelen vor der Verabschiedung der Verfassung von 1844 betrifft, vgl. Herring, Gunnar: Die politischen Parteien in Griechenland 1821-1936, Bd. 1. München 1992, S. 224ff., 360ff.

3) Μουζέλης, Νίκος: Νεοελληνική κοινωνία. Όψεις υπανάπτυξης (Neugriechische Gesellschaft. Aspekte einer Unterentwicklung). Athen 1978, S. 37.

4) Wenturis, Nikolaus: Die soziopolitischen und ökonomischen Strukturen Griechenlands im Hinblick auf seine Integration in die EG. Frankfurt/M. 1977, S. 26.

5) Μουζέλης (Anm. 3), S. 37.

6) Wenturis (Anm. 4), S. 31.

7) Ebd., S. 35.

8) Μουζέλης (Anm. 3), S. 37

9) Κονδύλης (Anm. 2), S. 20ff. Vgl. auch Gellner, Ernest; Waterbury, John: Patrons and Clients in Mediterranean Societies. London 1977. An dieses politische Phänomen erinnert der Athener Klaphthmonos-Platz (Klage-Platz). Dort war früher das Innenministerium untergebracht, der Ort also, wo nach jedem Regierungswechsel die staatlichen Arbeitsplätze an die Parteikundschaft vergeben wurden, was natürlich zu Trauer und Klage auf der politischen Gegenseite führte, deren Klientel die neu zu besetzenden Stühle räumen musste.

10) Vgl. Κονδύλης (Anm. 2) S. 42ff.

11) Wenturis (Anm. 4), S. 36.

12) Die in diesem Kapitel zusammengefassten Korruptionswahrnehmungen in Griechenland stützen sich auf die Ergebnisse des im 6. Forschungsrahmenprogramm von der Europäischen Kommission finanzierten Projekts „Crime as a Cultural Problem. The Relevance of Perceptions of Corruption to Crime Prevention“, dessen Projektbüroleiter der Autor von 2006 bis 2009 an der Universität Konstanz gewesen ist.

*Angelos Giannakopoulos*], PD Dr. soc., lehrt Soziologie an den Universitäten Konstanz und Dortmund; Projektbüroleiter des EU-Projekts „ALACs: Promotion of Participation and Citizenship in Europe“ an der Universität Konstanz.